



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/279

30. November 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--------------------------------|-----|
| Das überholte Besatzungsstatut | S.1 |
| "Säuberung" in Lettland | S.3 |
| Rechentricks des DUD | S.4 |
| Sowjetzonen -"Sport" | S.5 |

Das überholte Besatzungsstatut

(sp.) Das von den Militärgouverneuren im April 1949 erlassene Besatzungsstatut sollte zwölf, spätestens aber achtzehn Monate nach seinem Inkrafttreten, revidiert werden. Nach den New-Yorker Beschlüssen, der Vorarbeit der Londoner Studienkommission für die Revision des Besatzungsstatuts und einigen Gesprächen zwischen dem Petersberg und der Bundesregierung, steht nun die erste Revision bevor. Sie ist keine Konsequenz aus der innerdeutschen oder weltpolitischen Entwicklung, sondern nur ein Kompromiss zwischen drei Besatzungsmächten mit verschiedenen unklaren Vorstellungen von dem, was Deutschland sein und werden soll. Der wichtigste Inhalt dieses Kompromisses ist der Fortbestand des Besatzungsregimes. Die Alliierten behalten sich weiterhin die letzte Regierungsgewalt in der Bundesrepublik vor. Bisher leiteten sie dieses Recht aus der bedingungslosen Kapitulation von 1945 ab. Inzwischen haben sie jedoch anerkannt, dass erstens das "Deutsche Reich" als Rechtssubjekt fortbesteht, zweitens die Bundesregierung der einzige rechtmässige und rechtliche Nachfolger der "Reichsregierung" ist. Das bestätigt nicht zuletzt die verlangte Haftung Bonns für die deutschen Vorkriegsschulden. Schließlich wollen die Westmächte den Kriegszustand mit Deutschland beenden. Danach besteht rechtlich keine Möglichkeit mehr, die Ausübung der letzten Regierungsgewalt in Westdeutschland aus der bedingungslosen Kapitulation abzuleiten. Das ist noch weniger möglich geworden, seit die Bundesrepublik aus eigenem oder fremdem Willen

Entscheidungen fällen oder Handlungen beschliessen soll, deren Voraussetzung die deutsche Souveränität, d.h. auch die deutsche Gleichberechtigung, ist. Das alliierte Verlangen nach solchen Handlungen widerspricht der Existenz des Besatzungsstatuts, das verhindert, dass die Bundesrepublik ein Partner für andere Mächte und ein demokratischer Staat für das eigene Volk werden kann.

Es ist auch nicht möglich, von der Bundesrepublik Vorleistungen auf die deutsche Souveränität zu verlangen; denn eben diese Vorleistungen, ob sie nun Verteidigungsbeitrag oder Anerkennung der Auslandsschulden heissen, setzen die Souveränität voraus und nicht umgekehrt. Wenn in Kürze in einigen Ländern deutsche Botschaften (als Vertreter einer souveränen Bundesrepublik) bestehen sollten, werden wir das Kuriosum erleben, dass wir mit dem Willen der Besatzungsmächte von diesen Ländern als souveräner Staat bestätigt werden. Wir sind es aber, ebenfalls nach dem Willen der Besatzungsmächte, garnicht; werden wir doch in London, Paris und New York keine Botschaften haben dürfen, weil wir dort noch nicht gleichberechtigt sind.

Die Folgen dieser Widersprüche beschränken sich keineswegs auf die Rechtsprobleme, sondern greifen weit spürbarer in die innerdeutsche Wirtschaft und Politik ein. Die Entwicklung unseres parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems zu einem demokratischen Staat wird verhindert. Solange dieser Staat nicht rechtlich, wirtschaftlich und sozial gesichert ist, bleibt jeder weitere Schritt zur Herstellung der militärischen Sicherheit undiskutabel und ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Revision des Besatzungsstatuts gibt weder die erste Sicherung noch die Voraussetzung für weitere Schritte. Hinter diesem Ergebnis treten die der Bundesregierung bewilligten zusätzlichen Kompetenzen zurück. Beschränkung des alliierten Einspruchsrechts bei der innerdeutschen Gesetzgebung, Genehmigung eines Außenministeriums usw. ändern nichts an den destruktiven Wirkungen des Besatzungsstatuts.

+ + + + +

"Säuberung" in Lettland
Von Bruno Kalnins, Stockholm

Als im Frühjahr 1950 die leitenden Organe des Staates und der kommunistischen Partei in Sowjet-Lettland auf Befehl Moskaus "gesäubert" wurden, wusste man, dass auch die Tage einiger machthabender Kommunisten in Lettland und Litauen gezählt sind. Lettland ist nun an der Reihe. Die Aktion begann mit einem grossen Artikel des Parteisekretärs der KP Lettlands, A. Pelsche, in der Parteizeitung. In sieben langen Zeitungsspalten schrieb Pelsche, dass nur ein Teil der lettischen Nationalisten ins Ausland geflohen sei. Die meisten führten in der Heimzeit eine unterirdische Tätigkeit, riefen eine feindliche Stimmung gegenüber den Russen hervor, betonten die "nationale Eigenart der Letten" und verherrlichten die lettische Unabhängigkeitszeit. In der letzten Zeit hätten sich "nationalistische Tendenzen auf verschiedenen Gebieten des Staatslebens verstärkt", sie bildeten eine "akute Gefahr für das Sowjetregime". Es ist klar, dass Pelsche die nationale Widerstandsbewegung der Letten meint. Auch die lettischen Sozialdemokraten werden als "bürgerliche Nationalisten" bezeichnet, weil auch sie Gegner der russischen Okkupation sind. Viele lettische Kommunisten hätten die grosse Gefahr des lettischen Nationalismus nicht erkannt und bekämpft. Einige Ministerien seien "von lettischen Nationalisten überfüllt". Im mikrobiologischen Institut der Wissenschaftsakademie hätten sich die Nationalisten "mit direkter Hilfe des Direktors des Institutes verschanzt". Der Direktor ist kein Geringerer als der heutige Staatspräsident Lettlands, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Rates von Sowjet-Lettland Prof. A. Kirchensteins.

In zwei weiteren Artikeln wird den Sozialdemokraten vorgeworfen, sie hätten vor 32 Jahren die unabhängige und demokratische Republik mitbegründet und später gegen die Kommunisten verteidigt. Die lettischen Truppen hätten 1918-20 "unter Führung von General J. Balodis und Bruno Kalnins" (dem Verfasser dieses Artikels) gegen die sowjetrussische Armee gekämpft. Es folgen dann weitere Angriffe gegen den Verfasser dieser Zeilen und gegen fünfzehn andere ehemals führende lettische Sozialdemokraten, von welchen ein Teil nach Sibirien deportiert wurde, der Rest im Exil lebt. Diese Presseangriffe wurden durch entsprechende Sendungen im Rundfunk von Riga ergänzt.

Der propagandistischen Vorbereitung folgten in den letzten Wochen die Repressalien. Wie viele ehemalige Sozialdemokraten und "Nationalisten.

verhaftet wurden, ist nicht bekannt geworden. Dagegen wurden die Re-pressalien gegen die kommunistischen Minister und hohe Beamte ver-öffentlich, die die Feinde des Sowjetregimes "gedeckt" haben. Der Minister für Waldwirtschaft Saks wurde seines Amtes enthoben. Die Leiter der drei Institute der Wissenschaftsakademie, die Professoren Kirchensteins, Kadeks und Peive erhielten "eine strenge Rüge" für ihre "unverantwortliche Haltung und Nichteinhaltung der Wachsamkeit". Nach einigen Wochen wurden dann vier weitere Minister ihrer Ämter entho-ben. Auch die Stellung Prof. Kirchensteins ist erschüttert. Die vor kurzem von einigen Agenturen verbreitete Meldung, dass Kirchensteins seines Amtes als Staatspräsident enthoben sei, ist verfrüht, denn Kirchensteins hat noch in den letzten Tagen einige Dekrete unter-zeichnet. Man weiss natürlich nicht, wie lange dieser heute 78 Jahre alte und ehemalige bürgerliche Politiker sich halten wird.

An die Stelle des entlassenen Aussenministers kam der Russe Ostrow, Minister für Waldwirtschaft wurde ebenfalls der Russe Arten-jew, Kultusminister ein Lette aus Sowjetrussland namens Samsons. Alle neu ernannten Minister sind linientreue Stalinisten, die Lettland entweder überhaupt nicht oder nur wenig kennen.

Das Wahl-Einmaleins des DUD

H. Die Wahlniederlage der Bonner Koalitionsparteien bei den letzten Landtagswahlen hat insbesondere die CDU in Verlegenheit ge-bracht. Es ist darum kein Wunder, wenn sich die offizielle Partei-Korrespondenz, der "Deutschland-Union-Dienst" bemüht, der Parteipresse des Bundeskanzlers wenigstens mit Scheinargumenten aus dem Dilemma zu helfen. Aber diese Methode hat kurze Beine, sie kehrt sich sehr rasch in das Gegenteil dessen, was angestrebt wurde.

So führte der DUD die CDU-Niederlagen in Hessen und Württemberg-Baden u.a. darauf zurück, dass die CDU in diesen beiden Länderregie-rungen in einer Koalition mit der SPD gewesen sei. Auch die geringe-re Wahlbeteiligung in diesen Ländern buchte der DUD als Ausfall von Stimmen, die den Bonner Regierungsparteien zugefallen wären. Aber in Bayern war die CSU seit vier Jahren die allein herrschende Partei und doch ist die Partei auch dort der SPD erlegen. Auch in Schleswig-Holstein haben die "Bonner" Parteien, obwohl stets in der Opposition, fast eine viertel Million oder rund 32% ihrer Stimmen verloren.

Zu wahren Gauklermethoden greift der DUD bei einer Gewinn- und Verlustrechnung der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig Holstein, Hessen und Württemberg-Baden gegenüber den Bundestagswahlen. Dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung in diesen vier Ländern um 10% geringer war als bei der Bundestagswahl, lässt den DUD ungerührt und rechnet die geringere Wahlbeteiligung "Bonner" Parteien zugute. Ein objektiver Vergleich der vier Landtagswahlen mit der Bundestagswahl ergibt eine durchschnittliche Erhöhung des SPD-Anteils von 29,6 auf 34,3%, dagegen einen Rückgang der Bonner Koalitionsparteien von 48,6 auf 46,0%. Der DUD dagegen hat einen SPD-Gewinn von nur 2,05% errechnet, weil er sowohl die geringere Wahlbeteiligung, als auch alle übrigen an der Wahl teilgenommenen Parteien ausser acht gelassen hat. Durch den starken Abfall der CSU und FDP in Bayern hat sich dieses Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Regierungsparteien verschoben.

Noch kühner ist die Gegenüberstellung des DUD von Gewinn und Verlust der SPD und KP. Hier "errechnet" der CDU-Pressedienst - unerfindlich nach welchem Einmaleins - ein Plus von 17 000 SPD-Stimmen gegenüber einem Verlust von 302 000 Stimmen der KP, indem er die Wahlergebnisse der nordrhein-westfälischen und schleswig-holsteinischen Wahlen, die mit anderer Wahlbeteiligung, zu anderen Zeiten und unter anderen Voraussetzungen geführt wurden, gegen Württemberg und Hessen aufrechnet:

| | |
|---------------------------------|----------------|
| Verlust Nordrhein und Schleswig | 154 000 |
| Gewinn Württemberg und Hessen | <u>172 000</u> |
| Differenz: | 17 000 |

In den Gesamtzahlen der erwähnten vier Länder steht aber ein Verlust der KP von 1,9% einem SPD-Gewinn von 4,7% gegenüber, während in Bayern die KP 2,1% ihres Stimmanteils an den gesamten Wählern einbüsste, und die SPD ihren Anteil um 4,6% erhöhen konnte. Überall hat also die SPD den Abfall der KP nicht nur aufgefangen, sondern in einem noch größeren Verhältnis Stimmen aller anderen Gruppen auf sich vereinigt.

Aus sowjetzonalen Zeitungen:

S p o r t

"Um die demokratische Sportbewegung zur Millionenfront der demokratischen Sportler zu machen, hat jede Sportgemeinschaft bis zum 15. November acht Mitglieder für die demokratische Sportbewegung zu werben. Alle Sportfreunde bis zu 25 Jahren sind bis zum 15. November für die FDJ zu werben. Das grosse Vertrauen der Sportler zur Sowjetunion soll durch eine Werbung für die Deutsch-Sowjetische Freundschaft, und zwar 50 Prozent der Mitgliedsstärke zum Ausdruck gebracht werden. Die Spartenversammlungen werden im Monat November unter dem Thema "Der Fünfjahresplan", "Das Studium der Verfassung der FDJ" und ein "Mitscharin-Zirkel" durchgeführt."

- - "Freiheit" (SED Sachsen-Anhalt)